

***Phänomenübergreifende Prävention
politisch motivierter Gewaltkriminalität***

**Holger Bölkow
Celina Sonka**

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Sicher leben in Stadt und Land
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages
16. und 17. April 2012 in München
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 445-448

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)
978-3-942865-16-6 (eBook)

Holger Bölkow / Celina Sonka

Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität

Aus den Erfahrungen zur phänomenspezifischen Prävention von politisch motivierter Kriminalität entstand das Projekt „Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)“, das zwischen 02/2012 und 09/2013 in der Forschungs- und Beratungsstelle Kriminalprävention des Bundeskriminalamtes umgesetzt wird. Gern nutzen wir die Gelegenheit, es im Rahmen eines Projektsports vorzustellen und zur Diskussion zu stellen.

Politisch motivierte Kriminalität (PMK) der verschiedensten Ausrichtungen steht immer wieder aufs Neue im besonderen polizeilichen, politischen und öffentlichen Fokus. Neben der Entwicklung der Fallzahlen sind es vor allem herausragende Gewalttaten, die auch auf Seiten der Polizeilichen Kriminalprävention Handlungsdruck erzeugen. Bisher prägen hier zumeist kurzfristige Reaktionen auf aktuelle Kriminalitätsereignisse die Präventionspraxis.

Die verschiedenen Teilphänomene der PMK – insbesondere die politisch rechts, links und islamistisch-jihaddistisch motivierte Kriminalität – scheinen auf den ersten Blick große Unterschiede aufzuweisen, z. B. hinsichtlich ihrer zugrunde liegenden Ideologie, der Art der Delikte sowie einer Reihe von Tätercharakteristika. Die bisherigen Maßnahmen der Kriminalprävention spiegeln durch eine zumeist phänomenspezifische Ausrichtung diese wahrgenommenen Differenzen wider. Dies bedeutet, dass sich bestehende Programme und einzelne Maßnahmen an Straftäter des rechten, linken oder islamistischen Spektrums richten, nur wenige richten sich an alle drei zugleich. Zudem sind diese Maßnahmen häufig ideologiefokussiert, d. h. Ansatzpunkt ist eine Auseinandersetzung mit der Ideologie und auch die Ansprache der Zielgruppe erfolgt über die Ideologie.

Das wird an folgenden Beispielen deutlich:

- 2005 waren veränderte Tatbegehungsweisen im rechten Spektrum zu verzeichnen. Stichworte dazu sind u. a. die sogenannten „Schulhof-CD’s“ sowie ein verändertes, bürgerlich angepasstes Auftreten. Um dem zu begegnen, entwickelte das Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) die Präventionskampagne „Wölfe im Schafspelz“, mit der Schüler sensibilisiert wurden.
- Ende 2011 führten die Ereignisse um die Terrorzelle NSU (Nationalsozialistischer Untergrund) nicht nur zu erheblichen Anstrengungen der Strafverfolgung, sondern auch zur Überprüfung bestehender Präventionsansätze gegen PMK-rechts-

- 2009 erreichten die Fallzahlen der politisch motivierten Kriminalität -links- einen vorläufigen Höchststand; auffällig war vor allem die Zunahme an Gewaltkriminalität u. a. im Zusammenhang mit dem NATO-Gipfel in Kehl. In der Folge wurden wiederum phänomenspezifisch polizeiliche Präventionsmaßnahmen diskutiert und entwickelt.

Phänomenspezifisch sind auch die Maßnahmen der sogenannten Islamismusprävention ausgerichtet, die intensiv diskutiert werden u. a. im Zusammenhang mit spektakulären Ereignissen wie der Festnahme der sogenannten „Sauerland-Gruppe“ 2007 (einer vierköpfigen Zelle der Jihad-Union) oder der Ermordung von US-Soldaten am Frankfurter Flughafen im März 2011.

Die Forschungs- und Beratungsstelle Kriminalprävention hat sich in den letzten Jahren in einem ihrer Schwerpunkte mit der Prävention von politisch motivierter Kriminalität befasst. So wurden u. a. aktuelle Forschungsbefunde zu Radikalisierungsprozessen sowie Erfahrungen mit der Umsetzung von Präventionsprogrammen erhoben sowie drei Experten-Workshops zu rechter, linker und religiös motivierter Gewaltkriminalität durchgeführt. Die hierbei gewonnenen Erkenntnisse gaben Anlass, das bisherige kriminalpräventive Vorgehen zu hinterfragen, zeichnet sich doch folgende Problemstellung ab:

Die Forschungslage ist defizitär - vor allem in den Bereichen links und religiös motivierter politischer Kriminalität.

Die vorhandenen aktuellen Forschungsbefunde weisen jedoch darauf hin, dass phänomenübergreifend grundlegende Gemeinsamkeiten hinsichtlich der Verlaufsformen und -dynamiken im Radikalisierungsprozess junger Menschen bestehen.

Die politische Motivation für den Anschluss an eine (extremistische) Gruppierung ist häufig (zunächst) sekundär, stattdessen steht die Erfüllung von sozialen Bedürfnissen wie Geborgenheit, Anerkennung und Lebensorientierung im Vordergrund.

Das Leben der Täter ist häufig durch prekäre Lebensbedingungen, enormen Entwicklungsstress und eine problematische Bildungs- und Beschäftigungssituation geprägt und ähnelt damit dem anderer delinquenten Jugendlicher.¹

Politisch motivierte und allgemeine Gewaltkriminalität sind schwer voneinander abzugrenzen. Deutlich wird dies z. B. bei den Kfz-Branddelikten in Berlin und in anderen Städten.

¹ Eine wichtige Erkenntnisquelle stellt hierbei eine durch die Forschungsstelle Terrorismus/ Extremismus des BKA durchgeführte Biographiestudie dar: Saskia Lützing (2010). Die Sicht der Anderen. Wiesbaden: Luchterhand.

Die Wirksamkeit phänomenspezifischer, ideologiefokussierter Maßnahmen ist zu hinterfragen. Wie in vielen Phänomenbereichen werden auch bei der Prävention von PMK Evaluationen selten durchgeführt.

Auch müssen mögliche negative Nebeneffekte zukünftig stärker berücksichtigt werden. So wird der Ideologie oft eine Bedeutung beigemessen, die Betroffene bisher vielleicht selbst gar nicht gesehen haben. Das kann den Effekt einer Aufwertung haben, sie gar ideologisieren. Eine „Politisierung von Allgemeinkriminalität“ kann jedoch nicht gewollt sein.

Das gilt auch für mögliche Etikettierungseffekte, die zu einem Generalverdacht gegenüber Muslimen führen können. Junge Muslime könnten sich in der Folge als Reaktion überhaupt erst radikalieren, muslimische Gemeinden könnten sich aus der Netzwerkarbeit zurückziehen. Generalverdacht und Sicherheitspartnerschaft passen nicht zusammen.

Ein ideologiefokussierter Ansatz kann zudem Kriminalitätsfurcht und Fremdenangst in der Bevölkerung ungerechtfertigt steigern.

Diese Erkenntnisse und Erfahrungen führten zu der Fragestellung, welche Schlussfolgerungen für die Prävention hieraus zu ziehen sind und mündeten in der Konzeption des Projektes „Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität (PüG)“. Das Projekt wird zwischen 02/2012 und 09/2013 in der Forschungs- und Beratungsstelle Kriminalprävention des Bundeskriminalamtes umgesetzt. Dessen Ziel ist es zu prüfen, ob und welche Entwicklungsmöglichkeiten einer phänomenübergreifend ausgerichteten Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität vor dem Hintergrund aktueller Forschungserkenntnisse einerseits sowie der bisherigen Erfahrungen der Präventionspraxis andererseits bestehen. Fragen sind hier u. a.: Bei welcher Zielgruppe wären phänomenübergreifende Ansätze grundsätzlich sinnvoll und möglich, unter welchen Rahmenbedingungen, durch welche Akteure, welche konkreten Maßnahmen sind denkbar?

Der Fokus des Projekts liegt hierbei auf der bisher zumeist ideologiefokussiert und phänomenspezifisch ausgerichteten sekundären sowie tertiären Prävention. Im Rahmen der primären Prävention werden bereits zahlreiche Maßnahmen durchgeführt, die junge Menschen nicht nur weniger empfänglich gegenüber extremistischen Einstellungen machen, sondern ohne Blick auf einen bestimmten Kriminalitätsbereich allgemein abweichendem Verhalten vorbeugen sollen: allgemeine Wertevermittlung, Förderung der Empathiefähigkeit, Entwicklung sozialer Verarbeitungs- und Abwehrmechanismen, die Entwicklung eines Demokratieverständnisses u. a. Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Ansätzen, die auf den Abbau von Belastungs- und Risikofaktoren abzielen und ebenfalls unspezifisch ausgerichtet sind.

Der Fokus des Projektes liegt zudem auf dem polizeilichen Handlungsfeld. Prävention kann letztlich jedoch nur gelingen, wenn sie gesamtgesellschaftlich verankert ist und die Erfahrungen der unterschiedlichsten Disziplinen berücksichtigt, so dass die Kooperationsmöglichkeiten mit anderen Präventionsakteuren ebenfalls Berücksichtigung finden.

Bestandteile des Projekts sind zum einen eine Sekundäranalyse phänomenbezogener Fachliteratur, in deren Rahmen Erkenntnisse über Gemeinsamkeiten und Unterschiede systematisch aufgearbeitet werden sollen. Zum anderen sollen bestehende Präventionsansätze hinsichtlich möglicher Anknüpfungspunkte für phänomenspezifische Ansätze analysiert werden.

In einem ersten Schritt ist zunächst die Durchführung eines Experten-Workshops mit Vertretern der Extremismus- und Gewaltforschung und -prävention geplant, in dem die bisherige Praxis in der Prävention politisch motivierter Kriminalität kritisch hinterfragt, Pro und Contra phänomenübergreifender Ansätze einschließlich der Rahmenbedingungen erörtert sowie das weitere Vorgehen im Projekt konzeptionell geschärft werden sollen.

Insgesamt soll mit dem Projekt ein Beitrag geleistet werden, eine auf differenzierten phänomenologischen Kenntnissen beruhende, ursachenorientierte Kriminalprävention zu betreiben, um fehlinvestierte Kosten und Mühen ebenso zu vermeiden wie nichtintendierte negative Effekte.

Inhalt

Vorwort	1
I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages	9
<i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages	35
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land	47
<i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern	121
<i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München	127
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages	131
II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte	
<i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft	177
<i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern	195
<i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	205
<i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	215

<i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder	221
<i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	231
<i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025	237
<i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse	243
<i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne	275
<i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	291
<i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger	297
<i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen	303
<i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen.	329
<i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	345
<i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention	347
<i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention	359

<i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention	373
<i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	383
<i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft	395
<i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung	399
<i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention	405
<i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie?	407
<i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum	411
<i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	417
<i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels	433
<i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	445
<i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung	449
<i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa	457
III Autoren	465